NACHRICHTEN
Österreich

Steuerzahler bluten: Kalte Progression kostet 360 Millionen Euro jährlich!

Die teilweise Wiedereinführung der Kalten Progression kostet Steuerzahler 360 Millionen Euro jährlich – eine Reform unter Kritik.

Österreich - Die Regierung in Österreich steht vor einem großen Umbruch in der Steuergesetzgebung, da die Abschaffung der Kalten Progression, die jahrelang für Empörung sorgte, nur teilweise umgesetzt wird. Dies berichtet die **Krone**. Ursprünglich wurde die Kalte Progression, die dazu führte, dass Lohnsteigerungen durch höhere Steuerlasten teilweise aufgezehrt wurden, als eine Last für die Arbeitnehmer angesehen. Obwohl 2022 die Abschaffung beschlossen wurde, wird nun ein Drittel der Steueranpassung nicht automatisch an die Inflation gekoppelt, was die Steuerzahler jährlich mit etwa 360 Millionen Euro zusätzlich belastet. Experten schätzen, dass eine vollständige Abschaffung gerechtfertigt wäre, um die reale Steuerlast für die Arbeitnehmer zu minimieren.

Neuer Steuerrahmen ab 2025

Mit der Koalition aus der ÖVP und den Grünen sind Schritte in Richtung Entlastungen im Steuersystem geplant, wie die **ORF** berichtete. Ab dem Jahr 2025 soll die Vorlage eine spürbare Anpassung der Steuerstufen um knapp vier Prozent mit sich bringen. Der Freibetrag, ab dem Lohn- und Einkommensteuer gezahlt werden muss, wird auf 13.308 Euro angehoben, was vor allem für Familien und Leistungsträger von Vorteil sein soll. Die Reaktionen auf diese Maßnahmen sind jedoch gemischt. Kritiker, wie die FPÖ, bezeichnen die Ankündigungen als „Mogelpackung“

und fordern eine vollständige Abschaffung der Kalten Progression, um eine echte Steuerentlastung zu erreichen.

Die Regierung gibt sich optimistisch, dass mit diesen Änderungen die Steuerzahler entlastet werden können. Neben der Anhebung der Steuerstufen sollen auch Regelungen zur Förderung von Familien mit geringem Einkommen getroffen werden. Trotz der positiven Aspekte sehen viele, einschließlich der Arbeiterkammer, weiterhin nötigen Anpassungsbedarf und kritisieren die Ungleichbehandlung zwischen Selbstständigen und Angestellten, die durch die Anpassungen verstärkt wird. Für die Steuerzahler bleibt die Unsicherheit, ob diese Maßnahmen tatsächlich die gewünschte Entlastung bringen werden oder lediglich ein politisches Manöver darstellen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Schaden in €	360000000
Quellen	• **www.krone.at** • **orf.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at